

## "Zu einer europäischen Föderation durch eine integrierte Armee" in Le Monde (17. Februar 1951)

**Legende:** Am 17. Februar 1951 berichtet die französische Tageszeitung Le Monde über die Konferenz zur Schaffung einer europäischen Armee, die zwei Tage zuvor in Paris einberufen wurde.

**Quelle:** Le Monde. dir. de publ. Beuve-Méry, Hubert. 17.02.1951, n° 1 887; 8e année. Paris: Le Monde. "Vers la fédération de l'Europe par l'armée intégrée", auteur:Henry, Noel , p. 1; 3.

**Urheberrecht:** (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/zu\\_einer\\_europaischen\\_foderation\\_durch\\_eine\\_integrierte\\_armee\\_in\\_le\\_monde\\_17\\_februar\\_1951-de-b9667108-07fo-449c-8360-00ee23af6ba8.html](http://www.cvce.eu/obj/zu_einer_europaischen_foderation_durch_eine_integrierte_armee_in_le_monde_17_februar_1951-de-b9667108-07fo-449c-8360-00ee23af6ba8.html)



**Publication date:** 05/07/2016

## DIE KONFERENZ VON PARIS

### **Zu einer europäischen Föderation durch eine integrierte Armee**

VON NOEL HENRY

Zu der soeben in Paris eröffneten Konferenz hat die französische Regierung Einladungen an die europäischen Mitgliedsstaaten der NATO sowie an die Bundesrepublik Deutschland gesandt, die nicht Mitglied dieses Paktes ist. Die nordamerikanischen Mitgliedsstaaten wurden aufgefordert, Beobachter zu entsenden.

Mit Ausnahme von Island sind die eingeladenen Regierungen der Einladung nachgekommen; Kanada und die Vereinigten Staaten werden durch Beobachter vertreten; die Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien und Luxemburg durch Delegierte. Andere europäische Staaten haben Vorbehalte geäußert und daher nur Beobachter entsandt. Es verwundert nicht, dass Großbritannien zu diesen Staaten zählt, das sich von Anfang an sehr zögerlich verhielt sowie Norwegen und Dänemark, deren Haltung sich in weitgehender Übereinstimmung mit der Großbritanniens befindet. Portugal zählt auch zu diesen Staaten und verhält sich zunehmend solidarisch mit Spanien. Die Niederlande haben erklärt, dass sie erst für den Fall, dass auf der Konferenz konkrete Vorschläge unterbreitet würden, die Entscheidung trafen, ob ihre Vertreter als Beobachter oder aktive Mitglieder teilnehmen.

Die Eröffnung der Konferenz über die europäische Armee findet also unter nicht sehr günstigen Umständen statt. Und das, obwohl sich das internationale Forum, das die Versammlung von Straßburg ja darstellt, in seiner großen Mehrheit für diese Idee ausgesprochen hat. Zudem wird von allen Seiten ein vereinigtes Europa gefordert. Gewiss hätte man besser daran getan, das Problem direkt anstatt auf Umwegen anzugehen und die Staaten Westeuropas in einem homogenen Block zusammenzufassen, den man stufenweise mit militärischen Instrumenten ausgestattet hätte. Da sich das Problem jedoch jetzt so stellt, muss man nun alle Kräfte darauf verwenden, eine reelle Lösung zu finden.

\* \* \*

Der Plevan-Plan sieht in erster Linie die militärische Integration Europas vor. Von diesem Begriff ist viel Gebrauch gemacht worden. Tatsächlich geht es nicht nur um eine Eingliederung in ein Ganzes; darüber hinaus geht es um eine Fusion von Grundbestandteilen, wobei der Grad der Fusion mehr oder weniger von dem Grad der Integration abhängen wird.

Eine multinationale Armee setzt sich entweder aus nationalen Truppenverbänden oder Kontingenten oder aus taktischen Verbänden oder Einheiten zusammen, die selbst multinational oder national sind. Die erste Variante wurde mittlerweile verworfen: Sie steht für Koalitionen aus früherer Zeit. Die Zweite stellt eine Mischung dar: Sie kommt beispielsweise bei der französischen und spanischen Fremdenlegion zur Anwendung. Blicke noch eine Gliederung in nationale Einheiten.

Bei der Aufstellung solcher Einheiten spielen zwei gegensätzliche Überlegungen eine Rolle: es geht darum, jegliches Risiko des Austritts zu vermeiden, aber man braucht auch einen taktischen Verband mit Zusammenhalt, der in der Lage ist, effektiv zu intervenieren. Es scheint, als ob dies durch die Integration von materiellen Elementen gewährleistet würde, die eine wirkliche Solidarität zwischen autonomen Einheiten sowie innerhalb einer politischen und wirtschaftlichen Organisation schüfe.

Zu Recht befürwortet daher der Plevan-Plan in zweiter Linie die Schaffung föderativer Institutionen. Denn die europäische Armee reicht nicht aus, um den Zusammenhalt Europas zu sichern: eine militärische Integration kann dies nur in begrenztem Maße gewährleisten, wie es die berühmte Niederlage auf dem Schlachtfeld von Leipzig gezeigt hat.

Zur Einrichtung dieser Institutionen ist eine grundlegende Unterscheidung vonnöten: jene zwischen Bundesstaat und Staatenbund. In einem Bundesstaat liegt die äußere Staatsgewalt beim Gesamtstaat, und im

inneren Bereich übt er direkt seine Macht auf die Bürger aus. In einem Staatenbund hingegen verbleiben gewisse äußere Kompetenzen bei den Mitgliedsstaaten, und nur an sie ergehen Weisungen des Staatenbunds. Die zweite Form des Zusammenschlusses erscheint nur zu Beginn realisierbar. Wenn auch jeder Neuanfang eine kleine Revolution erfordert, darf man jedoch nicht zu ehrgeizig sein: Politik ist die Kunst, das Wünschenswerte mit dem Machbaren zu verbinden. Es gibt eine Logik und eine Physik der Institutionen. Ab dem Moment, ab dem föderative Institutionen existieren, werden Hoheitsrechte langsam aber sicher angetastet. Wichtig ist nur, dass die föderative Gewalt handlungsfähig ist, dass sie nicht in den wesentlichen Bereichen durch ein Veto blockiert werden kann; mit einem Wort, dass sie zu einer supranationalen Gewalt erhoben wird.

Der Plan einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft erscheint daher wie ein neuer Versuch, ein wirkliches, handlungsfähiges Staatenbündnis zu schaffen. Wenn auch nicht direkt die Rede davon ist, einen politischen Pakt zu gründen, scheint man doch auf dem richtigen Weg dahin zu sein.

Zunächst hat die Erfahrung der vergangenen Jahre gezeigt, dass es schwierig ist, positive Ergebnisse zu erzielen, wenn man im wirtschaftlichen Bereich ansetzt. Die Konfrontation persönlicher Interessen führt nur zu einer Verschärfung derselben. Das Prinzip einer Föderation ist die Übereinstimmung von Interessen. Der gegenwärtige Anlass, sich zu einer Föderation zusammenzuschließen, ist die russische Bedrohung: sie muss der Katalysator der Einigung sein. Das heißt im Übrigen jedoch nicht, dass der wirtschaftliche Aspekt ausgeklammert werden soll: es wird einfacher sein, Zugeständnisse ab dem Moment zu erreichen, ab dem man beschließen wird, die Wirtschaftspolitik entsprechend der Verteidigungspolitik zu gestalten.

Zudem können in eine Föderation anfangs nur Staaten einbezogen werden, die solidarisch dasselbe Interesse verfolgen: da dieses Interesse strategischer Art ist, muss es sich um Staaten handeln, die sich von derselben Gefahr bedroht fühlen, sodass davon ausgegangen werden kann, dass wenn ein Angriff gegen einen Staat erfolgt, sich dieser *unvermeidlich* auch gegen alle anderen Mitgliedsstaaten richtet. Es sollte nicht die Befürchtung bestehen, anfangs nur eine begrenzte Anzahl von Staaten zusammenzuschließen.

Da die Verteidigung mit der Politik verbunden ist, ist es undenkbar, dass es in Europa ein Verteidigungsbündnis gibt, ohne dass seine Mitglieder unauflösbar durch einen Vertrag über gegenseitige militärische Unterstützung verbunden wären, die *automatisch* und über gegenseitige Beihilfe im Kampf gegen subversive Tätigkeiten, die von außen kommen könnten, gewährt wird.

Wenn die Konferenz zur Schaffung eines integrierten, an politische Institutionen angegliederten und mit echten Befugnissen ausgestatteten Verteidigungsbündnisses führt, wird die europäische Föderation geboren sein. Es wird dann nur ratsam sein, sie mit der NATO und den anderen spezialisierten, europäischen Organisationen zu verbinden. Das europäische Verteidigungsbündnis und die daran angeschlossenen Institutionen werden innerhalb des Nordatlantischen Paktes einen festen Platz einnehmen, wobei die europäische Integration jedoch in stärkerem Maße vorangetrieben werden wird als die atlantische. Außerdem wird eine strategische Ebene, die die Unterzeichnerstaaten umfassen wird, geschaffen werden müssen. Wenn neue europäische Staaten dem atlantischen Bündnis beitreten müssen, sollten sie zuerst der europäischen Föderation beitreten. Verbindungen zu anderen europäischen Organisationen werden hergestellt werden müssen, ohne dass bestimmte Organe der Organisation gegenüber Organen anderer Organisationen verantwortlich gemacht werden können, denen nicht dieselben Staaten angehören.

\* \* \*

Die Konferenz macht mit den vorliegenden Themen nicht Tabula rasa. Die Geschichte ist reich an Lektionen. Im Bereich der materiellen Technik und der Vervollkommnung von Kriegsmaschinen kann die Menschheit noch viele Fortschritte machen. Was Institutionen angeht, können keine bahnbrechenden Erfindungen mehr gemacht werden. An den Beispielen von Deutschland, der Schweiz, den Vereinigten Staaten und der UNO können wir sehen, wie das Problem gelöst werden kann.

NOEL HENRY.

